

wittwen, eventuell um Gewährung einer einmaligen außerordentlichen Unterstützung an die letzteren.

Präsident: Es bemendet bei den gedruckt zu vertheilenden Anzeigen.

Entschuldigt ist für heute wegen dringlicher Berufsarbeiten der Herr Abg. Leupold.

Wir treten in die Tagesordnung ein: „Schlußberathung über den schriftlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 38 bis 41 des Staatshaushalts-Etats für 1898/99, das Departement der Justiz betr.“ (Drucksache Nr. 72.)

Berichterstatter Herr Abg. Uhlmann. — Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Wort. Ich rufe nun die einzelnen Kapitel auf. Kap. 38, Justizministerium nebst Kanzlei und Sportelkassalat.

Dazu hat das Wort der Herr Abg. Fräßdorf. Ich gebe ihm das Wort.

Abg. Fräßdorf: Meine Herren! Wir haben auch leider in diesem Jahre, in dieser Finanzperiode, wie schon in den früheren, Veranlassung, einige Ausstellungen an der Handhabung der Justiz in Sachsen zu machen. Ich sage leider, denn ich wünschte, wir hätten keine Veranlassung dazu, ich wünschte, wir hätten keinen Grund, uns gegen die Anwendung der Gesetze, gegen die verschiedene Anwendung derselben, zu beschweren. Wir sehen im allgemeinen eine Verschärfung der Strafmittel in ganz Deutschland gegen oppositionelle politische Parteien, wir sehen diese Erscheinung ganz besonders bei uns in Sachsen. Wer zurückblickt ganz auf die politischen Prozesse in früheren Jahrzehnten, wer die Urtheile von damals zu den gegenwärtigen in Parallele stellt, wird finden, daß das Strafmaß für dieselben Vergehen seit einigen Jahrzehnten ein immer schärferes geworden ist. In der Höhe der Strafen und in der Ausübung der Strafgewalt kann man gewissermaßen den Kulturstandpunkt eines Staates, eines Reiches ermessen. Wir sind nun der Meinung, daß Deutschland und speziell Sachsen in seiner kulturellen Entwicklung durchaus vorwärts geschritten ist; das tritt aber nicht in Erscheinung bei der Strafabmessung und beim Strafvollzug. Ich sagte schon, es sind ganz besonders scharfe Urtheile erfolgt in den letzten Jahren gegen Angehörige politisch unliebsamer Parteien. Es sind meiner Meinung nach da Erscheinungen zu Tage getreten, die unserer Justiz durchaus nicht förderlich sein können. Wenn der Grundsatz gilt: „jedem das Seine“, so müssen wir verlangen, daß dieser Grundsatz auch überall Anwendung findet,

(Lachen.)

nicht bloß auf einen Theil der Bevölkerung, vor allen Dingen auf einen Theil der Bevölkerung, welcher in Opposition gegenüber der Regierung, gegenüber den bürgerlichen Parteien steht. Meine Herren! Wir haben sonst immer Gelegenheit, uns zu beschweren, daß wir benachtheiligt sind; hier sehen wir, daß wir bei Abmessung des Strafmaßes für die besitzlosen Massen, vor allen für die Sozialdemokratie, ein größeres Maß erhalten, als uns lieb ist. Ich wünsche den Besitzenden, den Angehörigen anderer Parteien nicht eine höhere Strafe, ich wünsche nichts anderes, als daß wir mit demselben Maß gemessen werden; aber immer klarer tritt es in Erscheinung, daß die Justiz als Kampfmittel gegen unliebsame politische Parteien benützt wird. Ja, meine Herren, wenn man das auch noch gewissermaßen leugnet — und der Herr Justizminister wird heute das gewiß bestreiten, daß die Absicht bestehe und bei den Richtern nicht bestehen könne, eine Ausnahme zu machen zwischen einem Anhänger der Regierungs- und der oppositionellen Partei — aber, meine Herren, ich sage, das Bestreben ist vorhanden und kommt wiederholt zum Ausdruck in der bürgerlichen Presse. Man sagt und hat wiederholt die Behauptung aufgestellt, daß die Sozialdemokraten, die sich in Gegensatz stellen zu unserer sogenannten bürgerlichen Ordnung, nach dem gleichen Gesetz, mit gleichem Maße gemessen würden; auch gestern habe ich auf dem konservativen Parteitag diese Aeußerung des öfteren gehört. Meine Herren! Das ist ein Märchen, das trifft nicht zu, und wer ein offenes Auge für unsere Justizpflege in Sachsen hat, der weiß, daß das nicht zutreffen kann. Meine Herren! Den Vorwurf „Feinde der Ordnung“ kann ich zurückweisen; wer bestimmt denn, was Ordnung ist? Bestimmt das eine bestimmte Gesellschaftsklasse, bestimmt das eine bestimmte Partei? Was ist Ordnung?

(Oho, oho!)

Gewiß, meine Herren, wenn man —

(Unruhe.)

Ich sage, es ist nicht in Ordnung, wenn ein Prinz aus Staatsmitteln 200000 M. in Sachsen erhält und ein Eisenbahnarbeiter 1 M. 90 Pf. per Tag, das ist meiner Meinung nach keine Ordnung, Ihrer Meinung nach ist es in Ordnung. Meine Herren! Ich könnte des weiteren eine ganze Reihe von Fällen anführen; Sie halten es z. B. für eine Ordnung, daß die Bevölkerung fortgesetzt bis an die Zähne bewaffnet ist, wir halten das nicht für nothwendig, besonders nicht für Ordnung.

(Unruhe. Gelächter.)